

Forschungsprojekte

Forschungsprojekte des Lehrstuhls für Internationale Politik

Grounding Area Studies in Social Practice: Südostasien-Forschung in Freiburg

Die Freiburger Südostasienforschung beruht auf einem interdisziplinären Fächerverbund von Politikwissenschaft, Ethnologie, Soziologie, Ökonomie und außereuropäischer Geschichte. Die beteiligten ForscherInnen eint ein Verständnis von Regionalstudien als relationale, transkulturell orientierte Forschung jenseits von Orientalismus und Okzidentalismus. Ihr Forschungsgegenstand ist die gelebte soziale Alltagspraxis in ihrer komplexen soziokulturellen Pluralität und Diversität. Daraus ergibt sich die zentrale Bedeutung einer über Textexegese und Diskursanalyse hinausgehenden, auf umfangreiche Felderhebungen gestützten Empirie. Sie ist einem konstruktivistischen Theorieverständnis verpflichtet, in das sie jedoch rationalistische Argumente integriert. Dies impliziert einen ausgeprägten Methodenpluralismus, dessen Markenzeichen das Bemühen um Konvergenz von Methoden hermeneutischer und deduktiv-nomothetischer epistemologischer Traditionen ist.

Das Mandala-Konzept der Freiburger Südostasienforschung ist als Programm konzentrischer Kreise angelegt, in deren Mittelpunkt eine auf Interdisziplinarität und Internationalisierung ausgerichtete Forschung und Lehre stehen. Die weiteren Programmkomponenten lagern sich an diesen inhaltlichen Kern an. Die Freiburger Südostasien-Forschung versteht sich als Transfer- und Lokalisierungsforschung und beruht auf zwei robusten Säulen, zwischen denen es vielfältige Verbindungen gibt: zum einen der Okzidentalismusforschung in einem assoziiertem DFG-Projekt („Jenseits von Okzidentalismus: Konzepte des ‚Westens‘ in Asien“), zum anderen der als Mehrebenenagenda konzipierten Demokratisierungsforschung (Demokratisierung internationaler Institutionen, Konsolidierung neuer Demokratien und Dezentralisierung). Forschung, Nachwuchsförderung und Methodenentwicklung sind mit dem seit 2004 bestehenden, interdisziplinären Lehr- und Forschungsverbund Asien sowie mit interdisziplinären internationalen Studiengängen und mit weiteren Programmelementen eng verzahnt. Entsprechend der Devise Forschung und Lehre nicht nur „über“ und „in“, sondern „mit“ Südostasien zu betreiben und zu gestalten, wofür exemplarisch das erprobte, reziproke Tandemmodell der ethnologischen Lehrforschung steht, geht es um eine weitere Vernetzung mit der Region durch universitäre Kooperationsabkommen, Fellowships, Alumni-Strukturen sowie Wissenstransfer auf der Grundlage eines reflexiven Entwicklungsverständnisses.

- **Sprecher:** Prof. Dr. Jürgen Rüländ
- **Stellvertretende Sprecher:** Prof. Dr. Judith Schlehe, Prof. Dr. Günther Schulze
- **Projektbearbeiter:** Cathrin Bullinger, Anna Fünfgeld, Lukas Müller
- **Laufzeit:** November 2009 – Oktober 2013 (1. Förderphase), November 2013 – April 2016 (2. Förderphase)
- **Förderorganisation:** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Im Rahmen des Programms zur Stärkung und Weiterentwicklung von Regionalstudien)
- **Webseite:** www.southeastasianstudies.uni-freiburg.de

Transformative Ambitionssteigerung - Der Beitrag effektiver Klimapolitikinstrumente (TABEK)

Im Dezember 2015 wurde mit dem Paris-Abkommen (PA) ein völkerrechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen vereinbart, welches erstmals Klimaschutzbeiträge aller Länder vorsieht. Für das langfristige Ziel, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C oder gar 1,5 °C zu beschränken, ist vor dem Hintergrund aktueller Emissionsraten (Carbonbrief, 2016, vgl. UNEP 2015) eine Verstärkung der Anstrengungen

in fast allen Ländern notwendig ist (UNFCCC 2015). Die Vertragsstaaten haben daher den Weltklimarat aufgefordert, den wissenschaftlichen Sachstand bezüglich der Folgen der globalen Erwärmung von 1,5 °C und damit verbundene Emissionsminderungsspfade in einem Spezialbericht aufzubereiten, um einer schnelle Umsetzung von praktischen Maßnahmen zu ermöglichen.

Dabei ist insbesondere ein verbesserter Wissenstand zu effizienten und effektiven Politikinstrumenten erforderlich, welche transformative Minderungsmaßnahmen in relevanten Sektoren bewirken können. Hierbei ist auch der Kontext von Entwicklungsländern (EL) zu berücksichtigen, welche im bisherigen vom Kyoto-Protokoll (KP) geprägten Klimaregime nur freiwillige Beiträge leisten mussten. Erfahrungen mit existierenden Politikinstrumenten bieten für eine derartige Analyse ein reichhaltiges empirisches Datenmaterial (z.B. UNEP DTU 2016a,b,c; Weltbank 2012), das bisher kaum wissenschaftlich aufbereitet wurde. In TABEK analysieren wir, welche Politikinstrumente (z.B. Kreditierungsmechanismen oder Restaurationsmaßnahmen) kurz- und mittelfristig zu transformativen Entwicklungspfaden beitragen können, die mit dem 1,5°C-Ziel vereinbar sind. Hierbei werden Transformationspfade relevanter Sektoren (Energie, Industrie, Waldschutz) vor dem Hintergrund des Paris-Abkommens untersucht, sowie Technologien für negative Emissionen.

Das Projekt ist ein Kooperationsvorhaben zwischen dem Seminar für Wissenschaftliche Politik und der Professur Wald- und Umweltpolitik der **Albert-Ludwigs-Universität Freiburg** sowie der **Perspectives Climate Research gGmbH**. Das Forschungsvorhaben wird von IPCC Hauptautor Dr. Axel Michaelowa geleitet und gliedert sich in vier Arbeitspakete (AP), die von der übergeordneten Frage geleitet werden, welche Beiträge internationale Politikinstrumente zur Erreichung des 1,5°-Ziels leisten können. An der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg wird das Arbeitspaket 4 bearbeitet.

Arbeitspaket 4: „High Ambitions“ jenseits von REDD+: Wege zur Involvierung privater Akteure in Forest Landscape Restoration (FLR)

Der langfristige Schutz und die nachhaltige Nutzung von Wäldern verfügen über ein enormes Emissionsreduktionspotenzial. In nahezu allen Ländern können Forest Landscape Restoration (FLR) Maßnahmen dazu beitragen, die Funktion von Wäldern als CO₂-Senken zu stärken und beträchtliche negative Emissionen zu generieren. Allein mit der in der Bonn Challenge vorgesehenen Restaurierung von 150 Mio. ha degenerierter Fläche bis 2020 lassen sich 6 Gigatonnen CO₂ binden (Bonn Challenge, ohne Jahr). Bis 2030 sollen 9 weitere Gigatonnen folgen, was in der Summe den kombinierten jährlichen CO₂-Emissionen von China und den USA entspricht (Economist, 2015; Statista, 2016). Mit einem globalen Restaurationspotential von insgesamt ca. 2 Mrd. ha (WRI, 2010) kann der Waldsektor somit einen substantiellen Beitrag zum Erreichen des 1,5°C-Ziels leisten. Darüber hinaus ermöglicht der holistisch angelegte FLR-Ansatz diverse soziale, ökonomische und ökologische Co-Benefits im Sinne der Sustainable Development Goals (SDGs), wie beispielsweise nachhaltige Landwirtschaft, Schutz der Biodiversität besonders in Naturwäldern sowie Beschäftigungsmöglichkeiten (IUCN, 2012).

Ziel von Arbeitspaket 4 ist die Analyse konkreter Handlungsoptionen für ambitionierten Waldklimaschutz im Kontext von Forest Landscape Restoration (FLR), die nicht nur effektiv und effizient, sondern auch politisch wünschenswert und praktisch realisierbar sind. Das PA rückt Bottom-up-Ansätze als besonders aussichtsreiche Handlungsoptionen für NDCs in den Fokus (Kerr, 2016; Michaelowa, 2015), um das 1,5°-Ziel zu erreichen. Dabei sind nachhaltig gestaltete FLR Maßnahmen wegen des Potentials negativer Emissionen sowie der Co-Benefits im Sinne der SDGs besonders attraktiv (IUCN, 2012; Vallauri et al. 2005). Demgegenüber zeichnet sich REDD+ in seiner derzeitigen Form als äußerst komplexes, unterfinanziertes und mit hohen Opportunitäts- und Investitionskosten verbundenes Instrument ab (Boucher & Elias, 2013, Turnhout et al., 2016), das kaum zu einer Ambitionssteigerung im Waldsektor beiträgt (cf. Pistorius et al., 2016).

Für politisch umsetzbare Transformationspfade ist es zentral, private Akteure kurz- bis mittelfristig für innovativere, effektivere und ambitioniertere Waldklimaschutzmaßnahmen zu aktivieren und dauerhaft an ein solches Engagement zu binden. Um die wissenschaftlich wenig untersuchten Voraussetzungen für eine breite und nachhaltige Einbindung privater Akteure als Träger von FLR-Maßnahmen (Pistorius und Freiberg, 2014) herauszuarbeiten, setzt sich AP4 aus politikwissenschaftlicher Perspektive mit zwei wesentlichen Fragen für die Privatakteurmobilisierung auseinander:

- 1) Was sind die lessons learnt bzgl. REDD+ und Waldklimafinanzierung; wie können etablierte Mechanismen und Finanzierungsinstrumente effizient und effektiv für FLR genutzt werden?
- 2) Welche politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Faktoren sind zentral für eine Aktivierung und Aufrechterhaltung privaten Engagements in FLR und welche in der Praxis erprobten Ansätze haben das Potential für ein „Upscaling“?

- **Gesamtprojektleitung:** Dr. Axel Michaelowa (Perspectives Climate Research gGmbH)
- **Teilprojektleitung AP 4:** Prof. Dr. Daniela Kleinschmit (daniela.kleinschmit@ifp.uni-freiburg.de)
(Professur für Forst- und Umweltpolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)
- **Projektbearbeitung Themenschwerpunkt 4.1 Finanzierung:**
Dr. Astrid Carrapatoso (astrid.carrapatoso@politik.uni-freiburg.de),
Angela Geck (angela.geck@politik.uni-freiburg.de)
(Seminar für wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)
- **Projektbearbeitung Themenschwerpunkt 4.2 Governance:**
Dr. Sabine Reinecke (sabine.reinecke@ifp.uni-freiburg.de),
Mareike Blum (mareike.blum@ifp.uni-freiburg.de)
(Professur für Forst- und Umweltpolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)
- **Laufzeit:** 01.04.2017 bis 31.12.2018
- **Förderorganisation:** Bundesministerium für Bildung und Forschung
- **Förderprogramm/-maßnahme:** Beitrag zum IPCC Sonderbericht 1,5 Grad Erwärmung

Einbindung von REDD+ in das neue Klimaabkommen der UNFCCC und Annäherungspotentiale zur CBD

Der Themenkomplex Landnutzung / Landnutzungsänderungen stellt ein wichtiges Element in verschiedenen Prozessen der internationalen Umweltpolitik dar – insbesondere im Kontext der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und der Biodiversitätskonvention (CBD). Wälder spielen in all diesen Prozessen aufgrund ihrer vielfältigen Ökosystemleistungen und weitreichenden Konsequenzen durch ihre Beeinträchtigung eine zentrale Rolle. Da es bislang nicht gelungen ist, eine eigenständige und umfassende Waldkonvention zu verabschieden, werden die walddirelevanten Landnutzungsthemen prominent in andere Themen und Politikansätze integriert – zum Beispiel über einen internationalen ergebnisbasierten Finanzierungsmechanismus für die Reduktion von Treibhausgasemissionen aus dem Waldsektor in Entwicklungsländern im Kontext eines globalen Klimaabkommens (abgekürzt mit dem Akronym REDD+). Durch den Klimafokus dieses Instruments ergeben sich Potenziale und Risiken für andere Umwelt- und Entwicklungsziele, insbesondere für die der CBD.

Trotz formeller und informeller Interaktion dieser Prozesse und offensichtlicher Synergiepotenziale für die jeweiligen Ziele – zum Beispiel durch Restaurierung und Rehabilitation degradierter Waldflächen im Landschaftskontext – ist es nach wie vor schwierig, die Ergebnisse dieser Arbeit der CBD in den Verhandlungsprozess der UNFCCC einfließen zu lassen. Die Fragmentierung des „Waldregime-Komplexes“ durch bestehende und neue Institutionen wirft Fragen nach der Legitimität der in den jeweiligen Prozessen entwickelten Politikansätze auf, wenn etwa parallele Abkommen entstehen mit potenziell widersprüchlichem Inhalt zu den Beschlüssen der UNFCCC. Ein ähnlich fragmentiertes Bild ergibt sich für die mit den verschiedenen Prozessen assoziierten Finanzierungsinstrumente und internationale Fonds für Wälder und waldbezogene Aktivitäten. Diese haben durch den REDD+ Verhandlungs- und Umsetzungsprozess bedeutend zugenommen. Neben Fragen der Vergabeeffizienz begrenzter öffentlicher Mittel besteht in dieser Fragmentierung zwar ein Potenzial für Synergien, aber auch ein Risiko für eine Verfolgung unterschiedlicher Umwelt- und Entwicklungsziele mit unklaren Auswirkungen.

Das Projekt verfolgt das übergeordnete Ziel, die Kohärenz und Konsistenz verschiedener parallel laufender Prozesse und Institutionen in der internationalen Waldpolitik wissenschaftlich zu analysieren und die Auftraggeber mit diesen Analysen bei der Gestaltung der relevanten Prozesse zu unterstützen.

Im Vordergrund stehen dabei die Entwicklungen zu einem REDD+ Mechanismus unter der UNFCCC bis Ende 2015, aber auch andere für den Themenkomplex Waldnutzung und -schutz in Entwicklungsländern relevante Prozesse innerhalb der fragmentierten Institutionenlandschaft (Fokus auf UNFCCC, CBD, ForestEurope / UNFF).

Das Projekt ist ein Kooperationsvorhaben zwischen dem Seminar für Wissenschaftliche Politik und der Professur Wald- und Umweltpolitik der **Albert-Ludwigs-Universität Freiburg** sowie der **UNIQUE forestry and land use GmbH**.

Prof. Dr. Daniela Kleinschmitt (daniela.kleinschmitt@ifp.uni-freiburg.de)

Dr. Till Pistorius (Till.Pistorius@unique-landuse.de)

Dr. Astrid Carrapatoso (astrid.carrapatoso@politik.uni-freiburg.de)

Sabine Reinecke (sabine.reinecke@ifp.uni-freiburg.de)

Anne-Kathrin Weber (anne-kathrin.weber@politik.uni-freiburg.de)

- **Laufzeit:** Oktober 2013 – Mai 2016
- **Förderorganisation:** Bundesamt für Naturschutz (BfN)

Kirchliche Beiträge zur nachhaltigen Friedenskonsolidierung in Post-Konflikt-Gesellschaften. Lessons Learned und Best-Practice-Erfahrungen

Die Studie beabsichtigt, einen globalen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten und Leistungen kirchlicher Einrichtungen und NGOs im Feld der Friedenskonsolidierung zu gewinnen. Friedenskonsolidierung wird dabei als ein politisch hochsensibler, komplexer, gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden, der im Wesentlichen verschiedene Maßnahmen und Strategien der Rehabilitation, der Rekonstruktion, der Aussöhnung und der Erneuerung beinhaltet. Primäres Ziel ist dabei die nachhaltige Konsolidierung fragiler Post-Konflikt-Gesellschaften. Die Studie fokussiert sich daher auf die Fragen der Prävention eines "Wieder-Aufbrechens" ethno-religiöser Gewaltkonflikte. In den Mittelpunkt wird die Frage nach dem Stellenwert von Friedenskonsolidierung bzw. "Konfliktnachsorge" in der kirchlichen Friedensarbeit gestellt: im Kontext kirchlicher Aktivitäten bzw. Akteure sollen die Leistungen kirchlicher Friedensarbeit zur konstruktiven Bearbeitung fragiler Nachkriegssituationen analysiert werden.

Phase 1: Entwicklung einer regionalen Systematisierung und einer anwendungsorientierten Synthese (Best Practices und Ableitung von Lessons-Learned-Kriterien aus der Perspektive kirchlicher Akteure) (Dezember 2009 – November 2010) (Projektbearbeiter: Dr. Marcel Baumann)

Phase 2: Erarbeiten eines methodischen Konzepts für eine empirische Feldstudie (Oktober 2012 – April 2013) (Projektbearbeiter: Dr. Christian von Lübke)

Phase 3: Durchführung einer empirischen Feldstudie in Indonesien und den Philippinen (April 2015 – Oktober 2016) (Projektbearbeiter: Dr. Marcel Baumann und Dr. Christian von Lübke)

- **Projektleiter:** Prof. Dr. Jürgen Rüland
- **Projektbearbeiter:** Dr. Marcel Baumann, Dr. Christian von Lübke
- **Laufzeit:** Dezember 2009 – Oktober 2016
- **Förderorganisation:** Arbeitsgruppe Weltkirche, Deutsche Bischofskonferenz

ASEAN as an Actor in International Forums – Reality, Potential and Constraints

Die Studie ist Teil eines größeren Forschungsprojektes mit dem Titel „*Integration through Law*“, das vom Center for International Law (CIL) der National University of Singapore (NUS) durchgeführt wird.

An dem Projekt sind rund 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt. Das Projekt verfolgt das Ziel rechtliche und institutionelle Fragen in das Zentrum der Forschung über die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), Asiens ältester und einflussreichster Regionalorganisation, zu rücken. Anlass für das Forschungsprojekt war das Inkrafttreten der ASEAN Charter im Jahre 2008, in der viele Beobachter eine quasi-konstitutionelle Grundlage des Regionalverbunds sehen. Das *Integration through Law* Projekt will die Chancen und Grenzen der mit der ASEAN Charter eingeleiteten verstärkten Legalisierung regionaler Kooperation in Südostasien ergründen.

Die Teilstudie zur Verhandlungsmacht der ASEAN in internationalen Foren geht theoriegeleitet vor und untersucht in welcher Weise es der ASEAN-Gemeinschaft gelingt als regionaler Akteur Einfluss auf globale Verhandlungsprozesse zu nehmen. Während die Verhandlungspraktiken der ASEAN auf regionaler Ebene und in den Institutionen des weiteren asiatisch-pazifischen Raums hinreichend erforscht sind, gilt das nicht für die Rolle ASEAN in globalen Foren wie den Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation (WTO), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), dem Klimawandelsregime oder dem nuklearen Nichtweiterverbreitungsregime. Die Teilstudie versucht diese Lücke in der ansonsten umfangreichen ASEAN-Forschung zu schließen.

- **Projektdirektor:** Prof. Dr. Joseph Weiler (New York University)
- **Projekt Co-direktor:** Prof. Dr. Michael Ewing-Chow (National University of Singapore)
- **Exekutivdirektor:** Dr. Tan Hsien-Li (National University of Singapore)
- **Projektbearbeiter:** Prof. Dr. Jürgen Rüländ, Dr. Paruedee Nguitragool

- **Laufzeit:** September 2011 – Dezember 2012
- **Förderorganisation:** National University of Singapore (NUS)
- **Website:** <http://cil.nus.edu.sg/research-projects/asean/>

Constructing Regionalism Domestically: Local Actors and Foreign Policymaking in Newly Democratized Indonesia

Untersuchungsgegenstand ist die sich wandelnde außenpolitische Identität Indonesiens. Im Zentrum der Studie steht dabei die Frage, welche Rolle der südostasiatische Regionalismus für wichtige am außenpolitischen Entscheidungsprozess Indonesiens beteiligte Akteure spielt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1967 nahm die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN) eine Schlüsselstellung in der Außenpolitik des Archipelstaates ein. Doch im Zuge der Demokratisierung nach dem Rücktritt des langjährigen autokratisch regierenden Präsidenten Suharto im Mai 1998 vollzogen sich auch in der Außenpolitik des Landes grundlegende Veränderungen. Wie das politische System insgesamt wurden seither auch die außenpolitischen Entscheidungsprozesse offener, pluralistischer und partizipativer. Damit einher ging eine zunehmend kritischere Haltung von Teilen der indonesischen politischen Öffentlichkeit gegenüber dem staatszentrierten und elitären Politikstil der ASEAN. Dieser fand seinen Niederschlag in den Kooperationsnormen des sog. ASEAN Way. Mit der Verabschiedung einer ASEAN Charter 2007 strebten die ASEAN-Mitgliedsstaaten eine Anpassung ihres regionalen Integrationskonzepts an sich rasch verändernde internationale Rahmenbedingungen an. Viele Indonesier hofften daher, dass die ASEAN Charter eine grundlegende Reform der ASEAN einleiten würde, die den Regionalverbund demokratischer, effektiver, regelgeleiteter und kohärenter machen würde. Ausgehend von einer „bottom-up“ Variante der Lokalisierungstheorie Amitav Acharyas untersucht das Projekt, auf welche ideellen Quellen sich wichtige, die indonesische Außenpolitik maßgeblich mitgestaltende gesellschaftliche Akteure wie universitäre Einrichtungen und Denkfabriken, das Parlament, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsverbände, Medien und die Regierung in ihrem Regionalismusverständnis stützen und ob bzw. wie sie es durch die Verbindung mit neuen

externen ideellen Einflüssen modernisieren, reproduzieren und damit zugleich neu legitimieren. Es geht darum herauszufinden, wie sie ihre Argumente rahmen und konstruieren und welchen Einfluss sie auf die regionale Integrationspolitik der Regierung zu nehmen vermögen.

- **Projektbearbeiter:** Prof. Dr. Jürgen Rüland
- **Laufzeit:** Februar 2010 – Oktober 2011
- **Förderung:** National University of Singapore und University of Stanford (Lee Kong Chian Distinguished Scholarship for Southeast Asia 2010) sowie Freiburg Institute of Advanced Studies (FRIAS History)

Beyond Occidentalism: Constructions of the West through International Relations Scholars: Worldviews of Indonesian University Lecturers

Mehr denn je zuvor sehen sich unter dem Einfluss der Globalisierung und der mit ihr einhergehenden Interdependenzen Gesellschaften und Staaten externen ideellen Herausforderungen ausgesetzt. Der „cultural turn“ in den Sozialwissenschaften und der durch ihn auch im Fach Internationale Politik begünstigte Aufschwung konstruktivistischer Theorieansätze macht diese ideellen Diffusionsprozesse analytisch greifbar. Zugleich wird damit eine IB-Forschung möglich, die in der Lage ist den starken Ethnozentrismus in der Theoriebildung zu überwinden und stärker Perspektiven des globalen Südens einzubringen.

Das hier vorgeschlagene Teilprojekt will dazu beitragen. Es versucht aus einer kognitiven Perspektive zu ergründen, wie westliche Konzeptualisierungen der internationalen Politik und die ihnen zugrunde liegenden Ideen, Normen, Identitäten und Weltbilder in einer aufstrebenden regionalen Führungsmacht Asiens – Indonesien – wahrgenommen werden. Die Studie konzentriert sich dabei auf universitäres Lehrpersonal, das als epistemische Gruppe Einfluss auf den gegenwärtigen außenpolitischen Kurs des Landes nimmt und dessen künftige außenpolitische Führungseliten ausbildet. Untersucht werden soll dabei, inwieweit diese Funktionsgruppe, die durch ihre oft im westlichen Ausland erworbene Ausbildung stark westlichen ideellen Einflüssen ausgesetzt ist, zu einer normativen Transformation der stark durch realistische Traditionen geprägten indonesischen Außenpolitik beiträgt. Oder führen umgekehrt lange (Studien-)Aufenthalte im Westen und häufiger Kontakt mit westlichen Peers nicht doch eher zu Prozessen der Zurückweisung oder Lokalisierung westlicher außenpolitischer Ideen und Normen? Das empirische Material zur Klärung dieser Fragen soll an vier indonesischen Universitäten mit Internationale Politik-Abteilungen (IR-Departments) erhoben werden. Methodisch ist die Studie im Wesentlichen der „grounded theory“ und damit qualitativen Erhebungstechniken verpflichtet, die allerdings – wo sinnvoll – auch um quantitative Techniken ergänzt werden.

Das Projekt ist eingebettet in einen interdisziplinären Forschungsverbund, an dem neben der Politikwissenschaft die Ethnologie (Prof. Dr. Judith Schlehe) und die außereuropäische Geschichte (Prof. Dr. Sabine Dabringhaus und Prof. Dr. Jürgen Osterhammel, Universität Konstanz) beteiligt sind.

- **Sprecherin des Forschungsverbunds:** Prof. Dr. Judith Schlehe
- **Leiter des Teilprojekts:** Prof. Dr. Jürgen Rüland
- **Projektbearbeiterin:** Dr. Paruedee Nguitrageol
- **Laufzeit:** Oktober 2009 – September 2012
- **Förderorganisation:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

Parlamente und Governance des Sicherheitssektors

Das Forschungsprojekt steht an der Schnittstelle von Friedens-, Demokratisierungs-, Parlaments- und internationaler Politikforschung. Es geht davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit der Konsolidierung von Demokratien der „Dritten Welle“ zunimmt, wenn es gelingt Vetoakteure in die demokratische Ordnung einzubinden. Dies gilt aufgrund ihrer herausragenden Stellung in den der neuen demokratischen Ordnung vorausgehenden autoritären Regimen in besonderer Weise für die Streitkräfte. Diese verteidigen auch nach einer demokratischen Transition ihre Korporativinteressen. Zu diesem Zweck versuchen Teile des Militärs die demokratische Konsolidierung zu verlangsamen, zu verwässern oder gar die alte Ordnung zu restaurieren.

Daraus folgt, dass zivile Suprematie und die demokratische Kontrolle des Militärs Grundvoraussetzungen für eine Konsolidierung neuer Demokratien darstellen. Welche Rolle dabei die Parlamente spielen, ist die in diesem Forschungsprojekt verfolgte zentrale Fragestellung. Dabei gilt es herauszufinden, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang Parlamente in der Lage sind, ihrem politischen Gestaltungs- und Kontrollauftrag nachzukommen und welche Strategien sie sich dabei bedienen. Empirisch sollen diese Forschungsfragen in Indonesien und Nigeria untersucht werden.

- **Projektleiter:** Prof. Dr. Jürgen Rüland
- **Projektbearbeiterin:** Maria-Gabriela Manea, M.A.
- **Laufzeit:** November 2007 – Oktober 2009
- **Förderorganisation:** Deutsche Stiftung Friedensforschung

Restorative Justice als Interventionsansatz ziviler Konfliktbearbeitung in Nachbarbürgerkriegsgesellschaften: Eine Fallstudie zu Nordirland

Das Forschungsprojekt analysiert das „Restorative Justice“-Konzept am konkreten Fallbeispiel Nordirland, um daraus politikpraktische Schlussfolgerungen zu ziehen. Für die Friedens- und Konfliktforschung wird der Restorative Justice-Ansatz vor allem in Nachbarbürgerkriegsphasen relevant, da sich jene Phasen zwischen Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung typischerweise durch einen exponentiellen Anstieg krimineller Gewalt auszeichnen. Dadurch gerät der Erfolg des Konflikttransformationsprozesses in Gefahr, denn die nicht-staatlichen, bewaffneten Gruppen reagieren auf den Anstieg krimineller Gewalt mit vigilantistischen Gewaltformen. Die Restorative Justice-Intervention zielt daher in zwei Richtungen: Reduzierung krimineller und Verhinderung vigilantistischer Gewalt. Das Forschungsprojekt fragt auf der Mikro-Ebene nach dem Umgang der nordirischen Restorative Justice-Akteure mit beiden Gewaltphänomenen sowie nach den Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Ansatzes. Auf der Makro-Ebene stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Konzepts für die nachhaltige Konsolidierung von Konflikttransformationsprozessen.

- **Projektleiter:** Prof. Dr. Jürgen Rüland
- **Projektbearbeiter:** Dr. Marcel M. Baumann
- **Laufzeit:** Dezember 2007- November 2009
- **Förderorganisation:** Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
- **Kooperationspartner:** Institute for Conflict Research, Belfast

Demokratisierung durch Migration?

Das Projekt verknüpft Migrations- und Demokratisierungsforschung. Neben der Integration dieser bislang unverbundenen Forschungsfelder erschließt der Ansatz in beiden Bereichen Themen, die je für sich von der einschlägigen Forschung nur am Rande oder gar nicht behandelt wurden. So gibt es in der Migrationsforschung bislang kaum Studien, die sich mit den Rückwirkungen der Migration auf die

politische Kultur der Heimatgesellschaft befassen; in der Demokratisierungsforschung hingegen wurde den externen Ursachen politischer Transition wenig Aufmerksamkeit zuteil. Dabei ist davon auszugehen, dass die Konfrontation der Migranten mit anderen politischen Systemen und Kulturen nicht ohne politische Auswirkungen auf ihre politischen Einstellungen und ihr politisches Verhalten nach der Rückkehr ins Heimatland bleibt.

Das unmittelbare Erleben funktionierender staatlicher Institutionen sowie weitergehender bürgerlicher Partizipationsrechte im Zielland, so eine der zu untersuchenden Hypothesen des Forschungsprojektes, würde demnach Werte- und Einstellungsmuster hervorbringen oder vertiefen, die sich für die demokratische Konsolidierung im Heimatland als förderlich erweisen. Würde sich ein solcher positiver Zusammenhang empirisch nachweisen lassen, so ergäben sich daraus wichtige Schlussfolgerungen für eine offene und tolerante Migrations- und Ausländerpolitik in den Zielländern.

Der Zusammenhang von Migration und Demokratie wird durch eine standardisierte Befragung in Zusammenarbeit mit einem philippinischen Meinungsforschungsinstitut (Social Weather Stations) und einer qualitativen Befragung in Zusammenarbeit mit der University of the Philippines ermittelt.

Das Projekt wird am Arnold-Bergstraesser-Institut durchgeführt.

- **Projektleiter:** Prof. Dr. Jürgen Rüländ
- **Projektbearbeiter:** Dr. Christl Kessler, Stefan Rother, M.A.
- **Laufzeit:** Oktober 2005 - September 2007
- **Förderorganisation:** Stiftung Bevölkerung, Migration, Umwelt